



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/104

7. Mai 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Neuer Wählerfolg der SPD	S. 1
Zu Adenauers Strassburger Debut	S. 3
Frankreichs Arbeiterbewegung in der Krise	S. 4
Die "Säuberungen" in der SED	S. 5

## ----- Analyse der Niedersachsenwahl -----

-dt. Gegen die vor der Wahl geäußerte Version des Bundeskanzlers, die niedersächsischen Landtagswahlen seien zweitrangig und kein Urteil über die Bundespolitik, gibt es einen vom Volk selbst gestellten Kronzeugen: Egon Franke, den im Wahlkreis Stadt Hannover-Nord anstelle von Bruno Leddin gewählten neuen Bundestagsabgeordneten. Die Wähler, die in diesem Wahlkreis am Sonntag ihren Landtagsabgeordneten wählten, haben, als sie zugleich den gelben Zettel für die Bundestagswahl in die Urne warfen, keinen Unterschied zwischen Landes- und Bundespolitik gemacht; sie haben für die 4.43 Millionen Wahlberechtigten des ganzen Landes bewiesen, dass es wie im Wahlkampf, so auch am Wahltag, eindeutig um die Bundespolitik ging.

Das Ergebnis ist für die Bonner Regierungsparteien chockierend: alle drei Parteien zusammen haben gegenüber der Bundestagswahl 10.7%, bzw. 400.000 Stimmen verloren. Das ist mehr, als in allen anderen bisherigen Landtagswahlen zutage kam. Von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet: die Parteien, die über Bonn in den grossen Dingen der Politik in die Geschichte auch Niedersachsens eingreifen, verfügen hier über kaum ein Drittel aller Stimmen. Geradezu niederschmetternd ist das Ergebnis der CDU, die sich heute noch krampfhaft an den längst zur Fiktion gewordenen Anspruch

klammert, auf Bundesebene die stärkste Partei zu sein. Der Niedergang der Niedersächsischen CDU auf die Grösse einer Splitterpartei wird nur mühsam durch das Zusammengehen mit der ebenfalls stark angeschlagenen DP verdeckt. Verfolgt man das Wahlergebnis bis in die einzelnen Wahlkreise, so wird man feststellen, dass die Niederdeutsche Union grössere Wählerkontingente nur in den ehemaligen Domänen der DP zur Wahlurne gebracht hat; dort, wo einst die CDU zuhause war, sitzt heute der BHE.

Die SPD hat gegenüber der Bundestagswahl 60.000 Stimmen, bzw. 0,3% gewonnen und ist mit 33,7% die stärkste Partei geblieben. Aber selbst dieser Superlativ drückt die Grösse des Erfolges nur schwach aus. Man muss berücksichtigen, dass sich in dem niedersächsischen Kuchen nicht nur die alten Parteien teilen, sondern dass mit der SRP und dem BHE neue Faktoren aufgetreten sind, die ihrer Zielsetzung und Struktur nach in jede Partei eindringen konnten. Tatsächlich hat die SPD auch in vielen ländlichen Wahlkreisen Stimmen an den BHE verloren. Aber sie hat diese Verluste in den grösseren Städten, dort also, wo man mit einer stärkeren politischen Urteilskraft der Bevölkerung rechnen kann, nicht nur ausgeglichen, sondern sogar überholt.

Mit 11% ist die SRP unter ihren Erwartungen geblieben. Selbst wenn man die 2,2% der DRP hinzurechnet, ist zwar gegenüber 1949 (DRP damals 8,1%) der Rechtsradikalismus um 5,1 auf 15,2% gewachsen, aber dieser Status ist, weil nun bekannt, im wesentlichen wenig besorgniserregend, wenn man ihn an den stabilisierenden demokratischen Kräften misst, die vornehmlich in der SPD ruhen. Rechnet man zu den staatsverneinenden Parteien noch die 1,8% der KP (um 1,3% zurückgegangen) und - Irrtum vorbehalten - die 0,8% der DSP, so kommt man auf rund 16% der Kräfte, die in Niedersachsen ausserhalb der demokratischen Front stehen. Das wäre ein wenig gegenüber den 84% der demokratischen Parteien; der Wahlkampf hat aber gezeigt, dass die rechtsradikale Verseuchung namentlich vor der DP und teilweise auch vor der FDP nicht haltgemacht hat. Die 84% trügen also und man wird gut daran tun, die weitere Entwicklung auch bei diesen sogenannten

demokratischen Parteien nicht aus dem Auge zu lassen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass trotz mancher Unschönheiten das kühle norddeutsche Klima, in die Politik übertragen, und der gesunde Menschenverstand in Niedersachsen einen Sieg errungen haben. Das ist, alle Parteipropaganda ausgeschaltet, ein erfreuliches Ergebnis.

Die sozialdemokratische Forderung auf vorzeitige Neuwahlen in den Bundestag hat mit dieser Wahl in Niedersachsen die entscheidende Untermauerung erfahren. Man darf nie vergessen: die Regierungsparteien in Bonn haben katastrophal verloren; die Partei, die bestimmend die Landespolitik Niedersachsens seit dem Ende des Krieges geführt hat, hat sich gegen die heftigsten Angriffe von allen Seiten und gegen das Gesetz der Abnutzung jeder Regierungspartei gehalten. Wenn man daran erinnert, dass die Regierung Adenauer seinerzeit mit einer Stimme Mehrheit zustandekam und die inzwischen eingetretenen Verluste berücksichtigt, dann wird niemand die tiefe innere Berechtigung des sozialdemokratischen Standpunkts bestreiten können, dass die gegenwärtige Bundesregierung keine Grundlage mehr hat.

+ + +

#### Probieren geht über Studieren

hi. Just noch zur Landtagswahl in Niedersachsen verkündete der Bundeskanzler frohe Botschaft für die Vertriebenen: Der Ministerrat des Europarates habe sich auf seine, Adenauers, berechneten Vorstellungen hin bereit erklärt, eine Sachverständigen-Kommission zum Studieren des deutschen Flüchtlingsproblems zu bilden. Den Flüchtlingen hat, wie das Wahlresultat eindeutig ausweist, diese Nachricht in keiner Weise imponiert. "Zum Studieren des Problems" - diese Formel zieht nicht mehr.

Als im Februar 1949 der Weltkirchenrat in Hamburg zu einer Konferenz zum Studium des Flüchtlingsproblems zusammentrat, war das damals eine entscheidende Tat. Dieser erste Schritt in die Internationalität war ein bedeutsames Politikum, das materiell kaum aufgeworfen werden konnte. Inzwischen ist aber das deutsche Flüchtlingsproblem genug studiert worden.

Im Sommer 1949 studierte eine amerikanische Senatskommission, im Herbst 1949 eine dänische Kommission, im Frühjahr 1950 eine französische, im Sommer 1950 Mr. Sonne, und seit 14 Tagen studiert der Flüchtlingskommissar der UNO, Dr. van Heuven Goedhart, in Bonn das Vertriebenenproblem.

Seit Jahren liegen sämtliche Unterlagen vor, die sich denken lassen, von den Eingliederungsmöglichkeiten der einzelnen Berufe bis zum "Communium" zwischen Flüchtlingen und Einheimischen haben Soziologen aller Länder das Problem durchforstet. Es ist genug, übergenuß studiert, probiert muss ordentlich werden, wie sich die vielen Studienberichte realisieren lassen. Der Bundeskanzler hätte die Inangriffnahme eines der Eingliederungsprogramme verkünden sollen. Damit hätte er den Vertriebenen einen sinnvolleren Dienst erwiesen als durch die Anregung zu einem neuen Studienbericht.

+ + +

Frankreichs Arbeiterbewegung in der Krise

A.F. Paris, im Mai.

Der graue, verregnete 1. Mai kann als Symbol gelten für die augenblickliche Atmosphäre in der französischen Arbeiterbewegung. Bezeichnenderweise feierten den 1. Mai öffentlich in Paris nur die beiden Extreme, die kommunistische Gewerkschaft C.G.T. durch einen traditionellen, aber wenig besuchten Umzug in dem volkstümlichen Viertel zwischen der Bastille und der Place de la Nation, und am anderen Ende der Stadt, de Gaulle, im eleganten Bois de Boulogne. Beide Feiern hatten mit dem Sinn des 1. Mai nicht mehr das geringste zu tun. Die Kommunisten warben für die Moskauer Außenpolitik. Der Führer ihrer Gewerkschaft, Benoit Frachon, forderte von den versammelten Arbeitern nicht etwa ein internationales, proletarisches Bekenntnis, sondern einen Schwur, in keinem Falle die Waffen gegen die Sowjetunion zu ergreifen. De Gaulle empfahl dem französischen Volk ein auf seine Person aufgebautes autoritäres Regime.

Zwischen diesen beiden Extremen ging in Frankreich der 1. Mai in der Gleichgültigkeit unter. Die anderen Gewerkschaften führten Feiern lediglich in einigen Provinzstädten durch. Die Bevölkerung selbst, einschliesslich der Arbeiter, ging mehrheitlich ihren individuellen, persönlichen Weg.

Dieser Zusammenbruch der Arbeiterbewegung hat selbstverständlich seine tieferen Gründe. Die französischen Gewerkschaften lösen sich mehr und mehr in Splittergruppen auf. Augenblicklich gibt es nicht weniger als sechs verschiedene Verbände, deren Daseinsberechtigung umso anfechtbarer ist, als die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft den Gewerkschaften den Rücken zuehrt. Der Versuch, eine Einheitsfront der nichtkommunistischen Gewerkschaften herzustellen, scheiterte bisher an zweitrangigen Erwägungen und an Personenfragen. Insgesamt gibt es in Frankreich, wenn man von der Landwirtschaft absieht, rund 9 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Davon dürfte zurzeit nur noch ein Drittel gewerkschaftlich organisiert sein. Nicht ganz die Hälfte dieser kleinen Masse entfällt auf die C.G.T., während sich der Rest auf die anderen Gruppen

7. Mai 1951.

verteilt. Nach vorsichtigen Schätzungen fällt der zweite Platz den christlichen Gewerkschaft zu, der dritte der Gewerkschaft "Force Ouvrière".

Auf der politischen Ebene sind die Verhältnisse ebenso trostlos. Eine eigentliche Arbeiterpartei ist nicht vorhanden. Die Mehrheit der Arbeiter gab bisher ihre Stimme den Kommunisten, jedoch kann man beim besten Willen in der französischen KP keine Arbeiterpartei sehen, wie der oben erwähnte 1.Mai-Schwur zeigt. Die Sozialisten stützen sich politisch viel stärker auf das Kleinbürgertum und auf die kaum proletarischen Beamten als auf die Arbeiterschaft, wenn man von einigen Ausnahmen in Nordfrankreich absieht. Auch die christlichen Gewerkschaften verfügen über kein politisches Gegenstück. Bisher konnten sie selbst in der sie vertretenden Volksrepublikanischen Partei kaum richtig zu Wort kommen.

Bestehen für die Zukunft Hoffnungen auf eine grundlegende Änderung? Zahlreiche Persönlichkeiten in verschiedenen Lagern sind sich der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen und politischen Reorganisation sehr wohl bewusst, es fehlt jedoch die Gewissheit, dass in Zukunft ihre Bemühungen größeren Erfolg versprechen als in der Vergangenheit. Das Kernproblem bleibt die Ausschaltung der KP. Eine Lösung wäre wohl nur zu finden, wenn es gelänge, einen Teil der Arbeiterschaft von dem kommunistischen Block loszulösen, d.h., die französische KP und ihre Gewerkschaftsfiliale zu spalten, bescheidene Anzeichen hierfür sind vorhanden, man sollte sie jedoch nicht überschätzen, selbst wenn sie augenblicklich in der französischen Presse schon aus rein propagandistischen Gründen stark in den Vordergrund gestellt werden.

\* \* \*

#### Selbstentmannung als Massenphänomen

---

M.B.Berlin, Anfang Mai.

Das fünfjährige Bestehen der SED ist kürzlich mit viel Reden gefeiert worden. Dem Beobachter konnte aber nicht entgehen, dass die Stimmung selbst bei den Funktionären reichlich flau war. Ein wesentlicher Grund dieser Flaute dürfte in der Parteisäuberung zu suchen sein, die weder Mitglieder noch Funktionäre zur Ruhe kommen

lässt. Die "Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten" begann bereits Mitte Januar und dauert noch bis Ende Juni an.

Es wäre ein Irrtum, wollte man die eigentliche Bedeutung der Säuberung darin suchen, dass so und so viele Mitglieder ausgesondert werden. Sie liegt vielmehr darin, dass den Verbleibenden nach allen Regeln der Kunst das noch etwas vorhandene Rückgrat gebrochen wird. Vorsitzender der zentralen Überprüfungs Kommission ist H. Matern, der sich kürzlich lang und breit über seine und Ulbrichts Aktion ausgelassen hat. Besonders bemerkenswert ist seine Klage darüber, "dass es immer noch Parteimitglieder gibt, die der Sowjetunion ablehnend und sogar feindlich gegenüberstehen". Darum wird die Überprüfung in den letzten beiden Monaten verschärft, ausserdem sollen zahlreiche bisherige Entscheidungen revidiert werden. Besonders streng wird das "Verbrechen des Sektierertums" und des "Versöhnlertums" geahndet werden.

"Sektierer" sind alte Kommunisten, die nicht alles vergessen und manchmal sogar einiges hinzugelernet haben. Beim "Versöhnlertum" handelt es sich um die Auseinandersetzung mit denjenigen, die etwas von ihrer sozialdemokratischen Schule bewahrt haben oder die nicht rücksichtslos genug gegen den sozialdemokratischen Todfeind vorgehen. Matern stellt fest, der prinzipielle "politisch-ideologische Kampf gegen den Sozialdemokratismus" sei noch nicht gründlich genug geführt worden. Mit besonderem Hass werden die Anhänger der früheren kommunistischen Oppositionsgruppen und linkssozialistischer Gruppierungen wie der SAP und des ISK unter die Lupe genommen.

Was nach der Säuberung übrig bleiben wird, hat mit der KPD vor 1933 und mit der Arbeiterbewegung überhaupt nichts mehr zu tun. Die "Partei des neuen Typus" - nämlich des Typus einer politischen Fremdenlegion - setzt geradezu voraus, dass den Funktionären auch die Restneigung selbständigen Denkens abgewöhnt wird. Dazu dient die Reinigung. Sie bedeutet eine Massenaufgabe von Moskauer Prozessen en miniature, eine Selbstentmannung als Massenphänomen. Die "Genossen" denunzieren einander und bespeien sich selbst nach Strich und Faden. In den meisten Fällen passiert ihnen nichts weiter, vor allem dann nicht, wenn sie "freiwillige Verpflichtungen" übernehmen.

Aber das in den Archiven der innerparteilichen Tscheka gesammelte Material wächst immer mehr, die Selbstauslieferung der Eingeschüchertarten ist in den meisten Fällen total.

Aus diesem in der Sowjetunion erprobten System ergeben sich sehr ernste Schwächen jeder "Partei", die ihm ausgesetzt ist. Aber es ergibt sich daraus auch eine fast unbegrenzte Macht des eigentlichen Apparats über die Mitglieder und Funktionäre. Sie werden an die Auch-Partei gefesselt, solange der eigentliche Machtapparat hält.

+ + +

Aus der Ostzonen-Presse:

Die deutsche Nina Nasarowa

"Vor einigen Monaten las die Dreherin Frieda Hoffmann vom Sachsenwerk Radeberg von den Erfolgen ihrer sowjetischen Kollegin Nina Nasarowa, die durch die von ihr entwickelte Methode der sorgfältigen Behandlung der Maschinen und Geräte grosse Erfolge erzielt hat. Kollegin Hoffmann ging sofort daran, diese Anregungen zu verwirklichen. Sie säuberte ihre Maschinen noch sorgfältiger. Die Werkzeuge wurden sämtlich griffbereit gelegt. Hierdurch konnte sie ihre Leistungen beträchtlich erhöhen. Beim Besuch Pawel Bykows im Sachsenwerk erhielt die Kollegin Hoffmann von dem sowjetischen Stalin-Preissträger noch weitere wertvolle Ratschläge zur Verbesserung ihrer Arbeit.

In diesen Tagen nahm die vorbildliche Kollegin an einer Sekretariatsitzung des FDGB-Bundesvorstandes teil. Der FDGB als der berufene Vertreter aller Werktätigen der DDR griff die Initiative dieser Nachfolgerin der sowjetischen Aktivistin Nina Nasarowa auf und sprach ihr den Dank aus für die grossen Verdienste, die sich um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans erworben hat."

"Märkische Volksstimme" (Potsdam)

"... und weigerten sich noch beharrlicher"

"Eine Spendensammlung für den Korea-Hilfsfonds konnte in der Schlosserei des Elektromotorenwerkes Fernigrode keinen Anklang finden. Der mit der Sammlung für diese Abteilung beauftragte Genosse Schönke (Werkstattschreiber) tat das Dummste, was er in dieser Situation machen konnte. Ohne sich mit den Kollegen auseinanderzusetzen, sie über die Notwendigkeit einer solchen Spende aufzuklären und mit ihnen beharrlich zu diskutieren, schmiss er die Liste hin und schimpfte beim Verlassen der Werkstatt vor sich hin: "Faschistische Höhle, muss man ausräuchern" und ähnliches mehr. Darüber waren die Kollegen sehr erbost und weigerten sich noch beharrlicher, das um seine Freiheit heldenhaft kämpfende koreanische Volk zu unterstützen".

"Freiheit" (Dresden)

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt